

Schaffhauser Kantonsrat will nichts wissen von Steuerfussabtausch

14.09.2015 13:34 - von: sma/sda

Das Schaffhauser Entlastungsprogramm (EP14) hat die ersten Hürde genommen. Der Kantonsrat hat die Beratung der 22 Massnahmen am Montag nach mehrstündiger Debatte abgeschlossen. Nichts wissen will das Parlament von einem Steuerfussabtausch zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

Mit der letzten Sparmassnahme im Paket schlug der Schaffhauser Regierungsrat einen Deal zwischen dem Kanton und den Gemeinden vor. Letztere sollten ihre Steuerfüsse erhöhen, damit der Kanton seinen Steuerfuss senken könnte. Auf die Steuerzahlenden hätte dies keinen Einfluss gehabt.

Die Gemeinden profitierten durch das Entlastungsprogramm von zusätzlichen Steuereinnahmen, sagte Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel (SVP). Es sei deshalb wichtig, dass über diesen Antrag am Ende der zweiten Lesung - wenn alle Zahlen bekannt seien - abgestimmt werde.

«Wir müssen ein strukturelles Defizit von 40 Millionen Franken beseitigen», sagte Widmer Gysel. Der Regierungsrat halte deshalb an der Kostenneutralität des Entlastungsprogramms fest.

Die Kantonsrätinnen und -räte waren sich jedoch einig, dass der Vorschlag der Regierung einen «unzulässigen Eingriff in die Autonomie der Gemeinden» bedeuten würde. Der Regierungsrat solle dafür eine eigene Vorlage bringen, wenn er der Auffassung sei, dass dies mit der Gemeindeautonomie kompatibel sei.

Der Rat kippte deshalb den Steuerfussabtausch gleich ganz aus dem Entlastungsprogramm. Nur ein paar wenige SVP-Vertreter stimmten dagegen.

Eine Niederlage erlitt der Regierungsrat am Montag auch beim Pendlerabzug. Bis jetzt gibt es im Kanton Schaffhausen noch keine Begrenzung für den Betrag, den Pendler für die Fahrkosten zum Arbeitsort abziehen können. Die Regierung hätte diesen gerne bei 3000 Franken festgelegt.

Während die Linke den Pendlerabzug bei 4500 Franken festlegen wollte, sprach sich die Kommission für einen Abzug von maximal 6000 Franken aus - dies entspreche etwa dem Preis eines 1.Klasse-GA und sei vergleichbar mit dem Abzug in den umliegenden Kantonen.

SVP-Kantonsrat Thomas Hurter sprach sich gar für einen Maximalbetrag von 9000 Franken aus. Schaffhausen sei ein reiner Wohn- und Pendlerkanton, argumentierte er. Nur ein paar wenige Parteikollegen unterstützten ihn. Der Rat sprach sich schliesslich mit 45 zu 7 Stimmen für den Kompromiss in der Höhe von 6000 Franken aus.

RADIO TOP-Beitrag:

Insgesamt hat die Schaffhauser Regierung 122 Sparmassnahmen vorgelegt, um den Staatshaushalt bis 2017 wieder ausgeglichen zu gestalten. Jährlich sollen 40 Millionen Franken eingespart werden. Der Kantonsrat kann bei 22 dieser Sparanträge mitreden.

Zahlreiche davon waren in der ersten Lesung umstritten. Die Spezialkommission wird diese nun für die zweite Lesung vorbereiten und die Zahlen bereinigen. Nach einer erneuten Debatte wird dann über EP14 abgestimmt.